



BICYCLE RESEARCH REPORT NR. 118

Juni 2000

Planungsgemeinschaft Verkehr/Planerbüro Südstadt

BERICHT ÜBER DIE SITUATION DES RADVERKEHRS IN DEUTSCHLAND

Systematische Radverkehrsförderung soll CO₂-Reduktion bringen

Wichtigstes
Ergebnis

Das Fahrrad kann nach dem ersten Bericht zur Situation des Fahrradverkehrs in Deutschland noch einen erheblichen Beitrag zur CO₂-Reduktion und anderen umwelt-, gesundheits- und kommunalpolitischen Aufgaben leisten, wenn Kommunen, Bund, Länder, Verbände und Privatunternehmen den Radverkehr künftig systematisch fördern.

Zum Inhalt

Mit seinem ersten Bericht zur Situation des Fahrradverkehrs hat das Bundesverkehrsministerium dem Deutschen Bundestag umfassend über den Fahrradverkehr in Deutschland informiert und Vorschläge und Empfehlungen zur Verbesserung formuliert.

Zur Vorbereitung waren in einem Forschungsvorhaben durch zwei Planungsbüros Erkenntnisse zum Radverkehr zusammengetragen worden. So hat seine Bedeutung in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Der Radverkehr hat in mehreren deutschen Regionen und Städten Tradition und eine ausgeprägte „Fahrradkultur“ entwickelt. Der Bund sowie einige Länder haben in einigen Regionen eine im internationalen Vergleich gute Ausstattung klassifizierter Straßen mit Radverkehrsanlagen realisiert, und einzelne Länder haben ein differenziertes Maßnahmen- und Finanzierungsspektrum zur Förderung des Radverkehrs.

Auch privatwirtschaftliche oder institutionelle Akteure engagieren sich zunehmend im Radverkehrssystem, z.B. Krankenkassen im Rahmen der Gesundheitsvorsorge, Serviceanbieter oder Betreiber des öffentlichen Verkehrs in der Verknüpfung von Rad- und öffentlichem Verkehr. Im Bereich der Verkehrssicherheit hat das Fahrrad aber nicht in dem Maße wie andere Verkehrsteilnehmer von der allgemeinen Tendenz einer Verringerung der Gefahren, vor allem für Unfälle mit Verletzungsfolge partizipiert.

Besondere Defizite bestehen – insbesondere für die staatlichen und kommunalen Handlungsträger – in der konzeptionell-strategischen Ausrichtung. Nur sehr wenige Länder und Kommunen fassen ihre Aktivitäten zur Radverkehrs-



förderung in Handlungsplänen zusammen, die Ziele, Realisierungszeiträume und Maßnahmenswerpunkte definieren. Damit bleiben zum einen der politische Stellenwert der Radverkehrsförderung und das Verhältnis zu den anderen Verkehrsträgern außerhalb der politischen Diskussion, zum anderen werden nicht alle Aufgabenbereiche abgedeckt. Dies betrifft insbesondere die Bereiche des Service sowie des Werbens und der Anreize für die Fahrradnutzung, die für das Umsteigen vom Auto auf das Fahrrad besonders wichtig sind.

Die Bundesregierung bekennt sich in ihrem Bericht zum verkehrspolitischen Ziel, die Rolle des Fahrrades sowohl im Alltag als auch im stark wachsenden Freizeitverkehr zu stärken, weil dies einer nachhaltigen Siedlungs- und Stadtentwicklung dient und vor allem der Reduktion der CO₂-Emissionen.

Um die beiden dabei wesentlichen Aufgaben zu erreichen, nämlich die *Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr* und *eine Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs*, müssen die Aktivitäten zur Radverkehrsförderung an den Anforderungen der Nutzer an das Radverkehrssystem orientiert werden (vgl. Grafik in der Anlage). Das heißt:

- Funktionale und sicherere Räder für alle Fahrtzwecke und Radfahrergruppen
- Attraktive und sichere Radverkehrsnetze und -anlagen sowie fahrradfreundlicher Verkehrsregelungen und verlässlicher Orientierungshilfen
- gute Fahrradparkmöglichkeiten und Senkung der Diebstahlgefahr
- eine gute Verknüpfung von Fahrrad und ÖV
- ein breites Serviceangebot sowie Anreize für die Fahrradnutzung,
- Förderung eines verkehrssicheren und partnerschaftlichen Verhaltens der Verkehrsteilnehmer in einer als verkehrssicher empfundenen Verkehrsumgebung.

Die bei weitem noch nicht ausgeschöpften Aufgabenfelder des Bundes liegen insbesondere in der Verbesserung des Verkehrsrechts, der Finanzierung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Wissensvermittlung. Ein für Bund, Länder und Kommunen übergreifendes Aufgabenfeld liegt in der Gestaltung des *administrativ-organisatorischen Systems*. Um eine zielgerichtete, effiziente Förderung des Radverkehrs zu sichern, müsste das Finanzierungssystem für die Kommunen künftig durch den Bund (GVFG) und die Länder breiter gestaltet werden. Außerdem sollten Bund und Länder die derzeitige Radverkehrsförderung systematisieren, die Rahmenbedingungen für die Kommunen und andere Handlungsträger verbessern und zugleich in ihren Zuständigkeitsbereichen – z.B. als Baulastträger von Bundes- und Landesstraßen, selbst Maß-



nahmen ergreifen.

Einer der Gründe für die häufig mangelnde Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Radverkehrsförderung liegt darin, dass die Potentiale und die Nutzeneffekte des Radverkehrs noch zu wenig bekannt sind. So verursacht die Mobilität per Rad vergleichsweise geringere öffentliche Investitions- und Betriebskosten je Kilometer als der motorisierte Verkehr. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Fahrradförderung lässt sich aber noch nicht genau benennen. Praktikable Verfahren zur verkehrssystemübergreifenden Bewertung der Nutzen von Maßnahmen für den Kfz-Verkehr, den ÖV und den Radverkehr würden den Kommunen „strategische“ Entscheidungen zugunsten des Radverkehrs erleichtern.

Bericht	Planungsgemeinschaft Verkehr/Planerbüro Südstadt: Bericht über die Situation des Radverkehrs in Deutschland. Schlussbericht Bd. I/Schlussbericht Bd. II Materialien, Forschungsbericht FE 70468/95 des Bundesministeriums für Verkehr, Hannover/Köln 1997; „ <i>Erster Bericht der Bundesregierung über die Situation des Fahrradverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland 1998</i> “, hg. Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Bonn 1999
Autoren	Dankmar Alrutz; Wolfgang Bohle, Burkhard Horn, Planungsgemeinschaft Verkehr, Große Barlinge 72a; 30171 Hannover, Ulrich Kalle, Ursula Lehner-Lierz, Franz Linder, Planerbüro Südstadt, Schaafenstr. 25, 50676 Köln
Bezug	Unveröffentlichte Forschungsberichte können beim Auftraggeber ausgeliehen werden. Der Bericht der Bundesregierung steht im Internet unter http://www.bmvbw.de/Verkehr/Fahrradverkehrsbericht), und ist kostenlos erhältlich bei Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Postfach 200100, 53170 Bonn, Tel. +49-228-300-0, Fax -300-3428

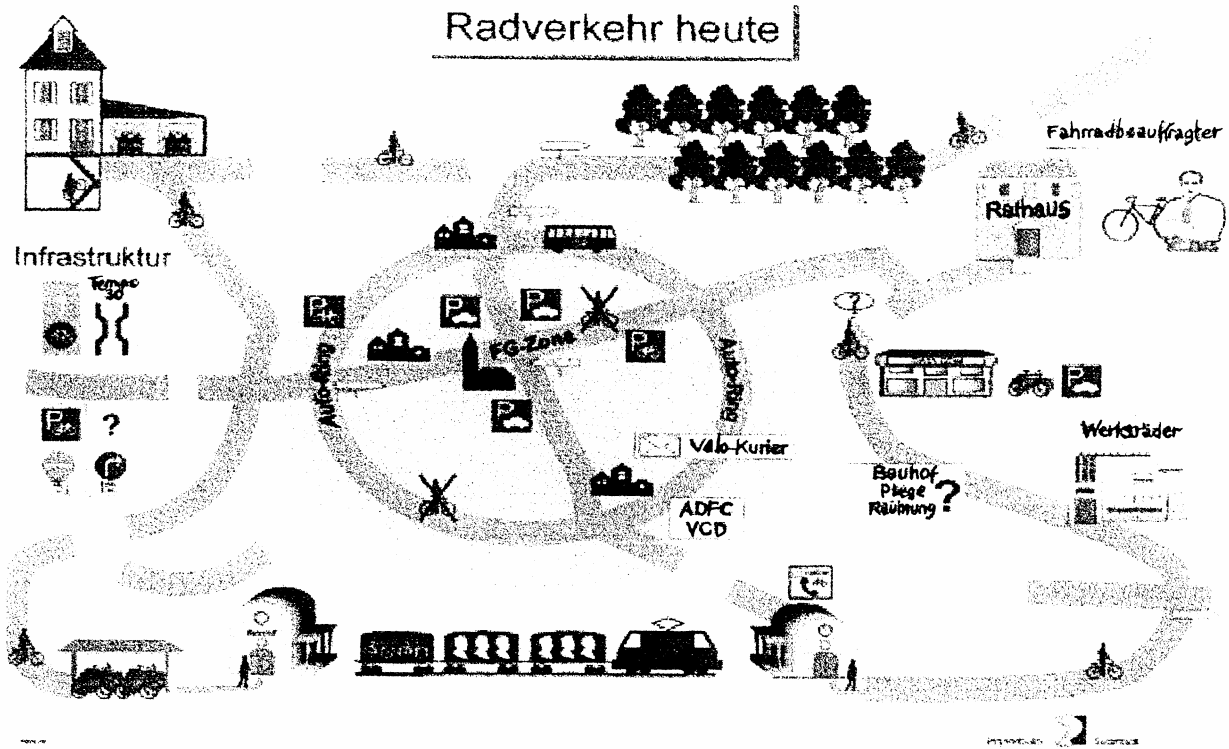


Abb. 5: Radverkehr: zukünftig ein System

